

»Das ist eine gute Sache«

Stadt übernimmt die Kosten für sozial-integrative Maßnahmen

Kempten – Nach der drastischen Kürzung der Mittel für die Soziale Stadt St.-Mang und der damit wegfallenden Förderung insbesondere für die sozial-integrativen Maßnahmen (der KREISBOTE berichtete), präsentierte Thomas Baier-Regnery, Leiter des Amts für Jugendarbeit, im Jugendhilfeausschuss am Dienstag Anschlussperspektiven. Die haben allerdings zur Folge, dass die Stadt für den Bund in die Bresche springt.

„Nach der Kürzung der Mittel bedarf es nun einer tragfähigen Perspektive“, betonte Baier-

Regnery. Die im Zuge der Sozialen Stadt geschaffenen aufsuchende Jugendarbeit, die schulbezogene Jugendarbeit und die erweiterten Öffnungszeiten im Jugendzentrum sollen fortgesetzt werden. Geplant ist für die aufsuchende und schulbezogene Jugendarbeit jeweils eine Viertel-Vollzeitstelle und für die Arbeit im Jugendzentrum eine 0,9-Vollzeitstelle. Die Mittel für die daraus entstehende 1,4-Vollzeitstelle sollen im kommunalen Haushalt ab 2012 aufgenommen werden.

„Dass die Stadt einspringt, trotz dass sich der Bund he-

rausgezogen hat, ist eine gute Sache“, meinte Siegfried Oberdörfer (SPD). Außerdem sei es enorm wichtig, dass die langwierige Aufgabe fortgesetzt werde. Diakonie-Geschäftsführer Wolfgang Grieshammer bezeichnete es als „Tiefschlag“, dass die bundesweit erfolgreiche Maßnahme „Soziale Stadt“ gekippt wurde.

Der Jugendhilfeausschuss fasste schließlich einstimmig den Beschluss, dass zum einen die aufsuchende Jugendarbeit in St.-Mang mit einer Viertel-Vollzeitstelle und die erweiterten Öffnungszeiten des Jugend-

treffs mit einer 0,9-Vollzeitstelle fortgesetzt werden. Die schulbezogene Jugendarbeit an der Robert-Schuman-Schule wird als Brückenfunktion zwischen Schule und Jugendzentrum mit einer Viertel-Vollzeitstelle weitergeführt.

Der Stellenanteil ergänzt sich, wie Baier-Regnery erklärte, mit einer Stelle der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) im Umfang einer 0,5-Vollzeitstelle. Diese Stelle kann über die neue Finanzierungsmöglichkeit im Rahmen des Ausbaus der JaS geschaffen werden (der KREISBOTE berichtete). ml